

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU und der FDP**Keine Entscheidungen über die Einleitung salzhaltiger Abwässer der Kaliindustrie ohne alle Anrainer der Flussgebietsgemeinschaft Weser**

Seit 2008 tagt länderübergreifend ein runder Tisch mit dem Ziel, die Diskussion über die Verbesserung der Gewässerqualität von Werra und Weser und die Perspektiven nachhaltigen wirtschaftlichen Handelns in der Region auf eine konsolidierte sachliche Grundlage zu stellen, Vertrauen und Akzeptanz zu schaffen und tragfähige Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Die Umweltministerien in Hessen und Thüringen hatten am 8. Januar 2009 einen Vertrag mit der K+S GmbH parafiert, um der Kaliindustrie in den Fragen der Werra-versalzung „Handlungs- und Investitionssicherheit“ zu schaffen. Dieser Vertrag wurde dem runden Tisch erst kurz vor der geplanten Unterzeichnung am 28. Januar 2009 zur Kenntnis gegeben. Der Vertrag greift in das Recht der anderen Anrainerländer ein, die Flussgebietseinheit Weser gemeinsam mit Hessen und Thüringen zu bewirtschaften.

Um die Ansprüche der Kaliindustrie und die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie an Werra und Weser zufriedenstellend zu berücksichtigen, ist eine enge Zusammenarbeit aller Anrainer auf Ebene der Länder, der Kommunen und der Wirtschaft notwendig. Ein Vertragsabschluss mit den bekannten Inhalten zum jetzigen Zeitpunkt würde allen diesen Aktivitäten zuwiderlaufen und die gewachsenen Strukturen der Kooperation in der Weserregion gefährden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die Landtage in Hessen und Thüringen, dem Vertrag vom 28. Januar 2009 über die „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen Gesamtrahmen für eine nachhaltige Kaliproduktion in Hessen und Thüringen“ nicht zuzustimmen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in Verhandlungen mit den Landesregierungen in Hessen und Thüringen darauf hinzuwirken, dass alle Weser-anrainerländer an der Entwicklung einer Strategie beteiligt werden, die zum Ziel hat, die Einleitung von Salzlaugen in Werra und Weser absehbar zu beenden. Es sollen Lösungen gefunden werden, die die Kaliproduktion in Hessen und Thüringen erhalten und die Anforderungen eines zukunftsgerichteten und EU-konformen Gewässerschutzes erfüllen. Die Festschreibung einer Belastung der Unterlieger der Weser über weitere Jahrzehnte liegt nicht im Interesse Bremens. Der Senat wird deshalb gebeten, alle Möglichkeiten zu prüfen, gegen den Vertrag zwischen den Ländern Hessen und Thüringen und der K+S Kali GmbH vorzugehen und der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat ferner, seine Gespräche mit den Landesregierungen der beteiligten Länder mit dem Ziel fortzusetzen, dass die Interessen Bremens bei zukünftigen Maßnahmen und den damit verbundenen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die mit Auswirkungen auf das Fluss-

ökosystem Weser verbunden sind, berücksichtigt werden und die Weseranrainerländer gegenseitige umfassende Beteiligungsmöglichkeiten vereinbaren.

Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Dennhardt,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Frank Imhoff,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Dr. Magnus Buhlert, Mark Ella,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP